



## Koalitionsvertrag – ein Jahr danach

# Was hat sich getan? Was liegt noch vor uns?

*„Vor einem Jahr als Koalition des Aufbruchs angetreten, haben wir neben dem Krisenmanagement jeden Tag an Zukunftsthemen wie Klimawandel, Biotechnologie-Standort, lebendige Innenstädte und Transformation gearbeitet.“ (Malu Dreyer)*

Knapp 50 Jahre nach dem ersten Koalitionsvertrag in der Bundesrepublik Deutschland am 20. Oktober 1961 schlossen die Ampelkoalitionäre aus SPD, Bündnis 90/Die Grünen und der FDP für Rheinland-Pfalz im Mai 2021 eine Vereinbarung. Denn mehr ist ein solcher Koalitionsvertrag nicht. Weder rechtlich bindend noch einklagbar, eine Absichtserklärung eben.

Auf wenigen Seiten finden sich Aussagen zur Zukunft der Polizei in Rheinland-Pfalz wieder. Es geht hier um euch, werte Kolleg\*innen. Die Koalition gab es noch nicht, da wart ihr schon mittendrin in der Coronakrise, die bis heute andauert. Nicht nur für die Bürger\*innen, nein auch täglich für euch im Dienst und in eurer Freizeit bei euren Familien. Unsere Dienststellen sind überlastet, unterbesetzt und gerade jetzt

in der Urlaubszeit noch mehr auf Kante genäht. Es wird in die Trickkiste gegriffen und das GAP-Ungeheuer 12-Stunden-Dienst wiederbelebt. Es geht eben nicht mehr anders.

Und das, obwohl so viele Neueinstellungen erfolgt sind wie noch nie. Aber auch mit noch nie so wenig Bewerbern für die benötigten Stellen. Es gab in Rheinland-Pfalz noch nie so viele Kolleg\*innen wie heute. Richtig. Aber es gab für die Polizei in Rheinland-Pfalz auch noch nie so viele Aufgaben wie heute. Die Neuen, die kommen, ersetzen nur teilweise die, die in den wohlverdienten Ruhestand gehen. Der beschrittene Weg in Richtung Vereinbarkeit von Beruf und Familie führt zu Abwesenheiten durch Elternzeiten. Der Anteil der Frauen in der Polizei soll weiter erhöht werden. Richtig und wichtig. Der seinerzeit im Zuge der Entstehung des Polizeipräsidiums Einsatz, Logistik und Technik abgeschaffte Elternpool könnte (sollte?) reaktiviert werden.

Die Aufgaben für die Sicherheitsbehörden verlagern sich spürbar von der realen Welt in den digitalen Raum. Die logische Konsequenz sind zahlenmäßig weniger Verkehrsunfälle, weniger tätliche Körperverletzungen und weniger Einbrüche. Die Liste der zahlenmäßig erfassten und geringer werdenden Straftaten in der Polizeilichen Kriminalstatistik kann man fortführen und sich

in der Öffentlichkeit dafür feiern lassen, wenn die Aufklärungsquote abermals gestiegen ist. Die Statistik lügt nicht, verheimlicht aber, dass nur noch ein Drittel der tatsächlich begangenen Straftaten von ihr erfasst beziehungsweise abgebildet werden.

Die Ministerpräsidentin war und ist als Krisenmanagerin für unser Land gefragt. Corona, die Ahrtalkatastrophe, der Mord von Idar-Oberstein und die feigen Polizistenmorde von Kusel und nun der Krieg in der Ukraine mit all seinen Folgen für unsere Gesellschaft, deren Teil wir als Polizei sind.

Bekommt Politik all das in einem Koalitionsvertrag abgebildet? Die Antwort ist ein klares NEIN. Reagiert Politik angemessen auf die nachfolgenden Ereignisse? Dreht sie spürbar an den Rädchen und überprüft sie ihre Absichtserklärungen?

Im Koalitionsvertrag steht auf Seite 152, Reihen 5815 bis 5817, dass die hohen Einstellungszahlen der letzten fünf Jahre fortgeführt werden. „Das anerkennen wir“, sagt Thomas Meyer, Landeschef der DPoIG Rheinland-Pfalz.

Ohne die Verfassungsklagen unseres Dachverbandes, des dbb, gegen die 5 x 1-Prozent-Besoldungserhöhung wären der Erfolg einer Abkehr davon und eine 2 x 2-Prozent-Gehaltserhöhung nicht möglich gewesen. „Deswegen müssen wir als Gewerkschaft mit Argusaugen politisches Handeln beobachten“, führt Meyer weiter aus. Denn im Nachbarland Baden-Württemberg gilt ab Ende 2022 die Besoldungsgruppe A 10 als Einstiegsamt im gehobenen Dienst.

Hier ist Handeln angesagt. Die Werbestrategie des Innenministeriums wird angepasst. Lässt sich damit ein junger Mensch für unsere Polizei angesichts der aktuellen Lage in der Welt, in Deutschland und in Rheinland-Pfalz begeistern? Die Ruhegehaltsfähigkeit der Polizeizulage, die Abschaffung der Kostendämpfungspauschale oder das Thema Gesundheitsfürsorge und -vorsorge, für viele der Kolleg\*innen gleichbedeutend mit der Einführung einer Heilfürsorge für ALLE.

Hierzu steht auf Seite 155, Reihen 5926 bis 5928, dass die Einführung der Heilfürsorge auf einen größtmöglichen Nutzen für die Polizeibeamt\*innen einerseits und ihre Haushaltsverträglichkeit andererseits untersucht wird. Salopp gesprochen hat sich das Finanzministerium dahingehend geäußert, das Finanzvolumen dafür zu deckeln mit der Folge, dass unter diesen Voraussetzungen das Vorhaben kaum eine Chance in der Umsetzung haben wird, so wie es die Deutsche Polizeigewerkschaft fordert.

„Die Bundeswehr macht es dem Land vor, übernimmt die Kosten und schickt ihre Soldat\*innen nach Einsätzen in eine Art Nachsorgekur“, so der Landesvorsitzende. „Viele operative Kräfte gefährden tagtäglich ihre Gesundheit und dürfen dann zur Belohnung noch Zusatzdienste in ihrer Freizeit leisten. Mit kosmetischen Änderungen von Wechselschichtdienstmodellen ist es auf Dauer nicht getan“, gibt sich Meyer nachdenklich und kämpferisch zugleich.

Die DPoIG fordert eine akzeptable Entscheidung bei diesem

### Impressum:

Redaktion:  
Volker Maurer (v. i. S. d. P.)  
Fürstehofenstraße 6  
54329 Konz  
Tel. 06501.99605  
E-Mail: polizeispiegel@dpolg-rlp.de  
Landesgeschäftsstelle:  
Adam-Karrillon-Straße 62  
55118 Mainz  
Tel. 06131.234488  
Fax 06131.225267  
dpolg@t-online.de  
ISSN 0937-4876



Wer mit seinem Handy diesen Code einscann, wird automatisch auf unsere Homepage geleitet.



Thema und es wird nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein – DPoIG, BdK und die GdP sind in dem Arbeitsstab des Innenministeriums gemeinsam vertreten –, dem Dienstherrn zu erklären, wie er seine Hausaufgaben zu machen hat.

In diesem Zusammenhang hat die DPoIG einen weiteren Themenkomplex aufgemacht, der ganz und gar nicht im Koalitionsvertrag abgebildet ist. Die Einführung einer wissenschaftlichen Studie zur Lebenserwartung von Polizisten und Polizistinnen. „Wir haben als Polizei in den letzten 20 Jahren nicht an der allgemeinen Erhöhung der Lebenserwartung der sonstigen Bevölkerung teilgenommen.“ So lautet die Feststellung der Deutschen Polizeigewerkschaft für Rhein-

land-Pfalz und sie ist eng verbunden mit einer künftigen angemessenen Gesundheitsfürsorge und Gesundheitsvorsorge.

Zur Gesundheitsvorsorge gehören nicht nur regelmäßige Kuren. Die DPoIG fordert unter anderem einen „taktischen“ Gehörschutz als persönliche Ausstattung von Anfang an. Auf die Zentralstelle für Gesundheit – sie wird gerade evaluiert – kommt eine Menge Arbeit und Verantwortung zu.

Die Verantwortung bei der inneren Sicherheit tragen das Land und die Kommunen gemeinsam. Der Kommunale Vollzugsdienst soll optimiert werden. Ausbildung und Befugnisse angepasst werden, ebenso wie die Zusammenar-

beit mit den Kommunen. Dazu gehört die Einbindung des KVD an den Digitalfunk der BOS. Diese Absichten der Landesregierung begrüßt und unterstützt die DPoIG ausdrücklich.

Vieles ist noch offen und manches wird am Ende nicht umgesetzt werden (können?). Die Parlamentarier gehen in Kürze in die Sommerpause. Gönnen wir ihnen eine Verschnaufpause, bevor wir Themen wie die Digitalisierung, die Elektromobilität, die Kriminalitätsbekämpfung, den Einsatz der Bodycams in Wohnungen oder den Einsatz von künstlicher Intelligenz ins Gedächtnis rufen.

In regelmäßigen Abständen wird die Deutsche Polizeigewerkschaft die Absichtserklärungen der Ampelkoalition auf

den Prüfstand stellen. Ein „Weiter so“ wird es mit der DPoIG geben. Das lebenslange Lernen in der Polizei darf auch an der Pforte zum Innenministerium nicht enden und ob der Dienstherr aus seinem Handeln und aus seinen Fehlern lernt, werden wir sehen und gegebenenfalls auch juristisch überprüfen lassen.

Sehr geehrte Kolleg\*innen,

nur zusammen mit euch gelingt es am Ende den „Laden“ Polizei am Laufen zu halten. Lasst uns teilhaben an den Herausforderungen in euerm Dienst. Teilt uns mit, wo der Schuh drückt. Die Geschäftsstelle in Mainz ist über [info@dpolg-rlp.de](mailto:info@dpolg-rlp.de) immer zu erreichen.

**Du verdienst mehr! – DPoIG! ■**

## Ein Erfahrungsbericht zum Thema Erfüllungübernahme durch das Land RLP

Von Stefan May, PI Bad Kreuznach

Im März 2020 wurde ich im Rahmen eines Einsatzes in einer Asylunterkunft bei einer Widerstandshandlung gebissen und am Knie verletzt. Laut ärztlicher Diagnose konnte eine Operation des Knies nicht ausgeschlossen werden.

Im Mai 2020 stellte ich Rechtschutzantrag bei der DPoIG, um meine zivilrechtlichen Ansprüche geltend zu machen.

Im Mai 2021 kam es in Abwesenheit des Verursachers zu einem Versäumnisurteil, in dem mir 600 Euro zugesprochen wurden.

Im August 2021 wurde ebenfalls über den DPoIG-Rechtschutz ein Gerichtsvollzieher

mit der Vollstreckung beauftragt. Es wurde festgestellt, dass der Verursacher mittlerweile nach Italien gezogen ist.

Aufgrund der misslungenen Vollstreckung stellte ich im

Oktober 2021 einen Antrag auf Erfüllungübernahme an das Land Rheinland-Pfalz. Die ADD lehnte die Kostenübernahme mit der Begründung ab, dass man trotz eines hohen Aufwands und hoher Kosten versuchen muss, das Urteil in Italien zu vollstrecken. Erst bei zweimaligem Misserfolg

der Vollstreckung liegen die Voraussetzungen für die Erfüllungübernahme vor.

Ich kontaktierte die DPoIG-Rechtsschutzbeauftragte Noriko Nagy, die mir nach kurzer Prüfung des Sachverhaltes vorschlug, das Büro der Bürgerbeauftragten zu kontaktieren. Die DPoIG Rheinland-Pfalz übernimmt mit meiner Vollmacht gerne die Eingabe. Da es kein großer Aufwand ist, den Sachverhalt einmal zu schildern, wandte ich mich im April 2022 persönlich an das Büro der Bürgerbeauftragten.

Im Juni 2022 bekam ich die Rückmeldung, dass man mit dem Innenminister und der ADD Rücksprache gehalten habe. Eine Recherche ergab, dass der Verursacher dauerhaft nach Italien verzogen ist.

*Lieber Stefan,  
wir danken dir für dein  
Vertrauen in die DPoIG!*

*Pass weiterhin gut auf  
dich auf im Dienst und  
bleib gesund.*

*Liebe Grüße,*

*Noriko Nagy,  
DPoIG Rheinland-Pfalz,  
Rechtsschutzbeauftragte*





Es sei mir nicht zuzumuten, das Urteil in Italien zu vollstrecken.

Im gleichen Monat habe ich das Schmerzensgeld in Höhe

von 600 Euro ausgezahlt bekommen.

Mit der gesamten Abwicklung meines Rechtsschutzantrages über die DPoIG war ich

sehr zufrieden. Die von der DPoIG beauftragten Anwälte haben mich in dieser Zeit professionell begleitet und vertreten. Die DPoIG-Rechtsschutzbeauftragte und Kolle-

gin Noriko Nagy hatte stets ein offenes Ohr und mir den Weg zur Bürgerbeauftragten gezeigt. Dafür möchte ich mich bedanken.

## Aktuelles aus dem Kommunalen Vollzugsdienst

Wir möchten an dieser Stelle auf aktuelle Entwicklungen rund um den KVD in Rheinland-Pfalz hinweisen.

Seit Jahren, exakt seit 2018, fordern wir zur Abwehr von Gefahren auf Leib, Leben und Gesundheit der Mitarbeitenden des KVD ein Distanzabwehrmittel. Was zunächst, aufgrund von Gesprächen der Oberbürgermeister der fünf Oberzentren und des Innenministers, als Forderung nach der Eröffnung der Möglichkeit zur Ausstattung mit dem DEIG (umgangssprachlich „Taser“) vonseiten der fünf OB (aufgrund von Gesprächen mit diesen seitens des FV) begann, wurde letztlich vor einigen Wochen zum vorläufigen Abschluss gebracht.

Zwar bleibt das DEIG auch aufgrund der Ausbildungsproblematik dem KVD weiterhin verwehrt. Allerdings hat das Ministerium des Innern und für Sport den Weg für die Nutzung des JPX (JetProtector), wenn auch zögerlich, freigegeben. Unter einigen Auflagen (darunter das parallele Mitführen des RSG) wurde das Tragen entgegen ersten Befürchtungen nicht untersagt.



Wir sehen diese langwährende Forderung somit – zumindest in Teilen – als vorläufig erfüllt an. Dazu beigetragen haben viele intensive und lange Gespräche mit



JPX (JetProtector)

diversen politischen Entscheidungsträgern und Behörden. Dafür bedanken wir uns ausdrücklich. Am Thema DEIG bleiben wir selbstverständlich dran!

Eine weitere, noch ältere Forderung war die Einführung

des BOS-Funks auch für die Ordnungsbehörden und damit den KVD.

Beschleunigt durch die COVID-19-Pandemie ist das Verfahren nunmehr nahezu abgeschlossen.

Das Einbindungsverfahren wurde durch das Bundesministerium des Innern und die BDBOS abgeschlossen, das Land Rheinland-Pfalz kann nun tätig werden. Die Bedarfsabfragen an die Kommunen sowie die Regelungen für den konkreten Einsatz sind in Bearbeitung beziehungsweise erfolgen in nächster Zukunft, respektive sind in Teilen wohl bereits erfolgt.

„Wir danken Staatsminister Roger Lewentz für seinen dauernden Einsatz zu diesem

Thema“, so Mario Weyand und Simon Schweißthal in einem gemeinsamen internen Gespräch. „Wir hoffen jetzt auch auf die Möglichkeit zur Nutzung der sogenannten OEZ-Gruppen um bei gemeinsamen Einsatzlagen auch direkt mit Polizei, Feuerwehr und Rettungsdienst per Sprechfunk kommunizieren zu können!“

Hochaktuell ist die Problematik rund um die Installation von Kennleuchten (gelbes beziehungsweise blaues Blinklicht/Einsatzhorn) und retroreflektierender Bekleidung an den Dienstfahrzeugen. Dazu fanden und finden derzeit Gespräche auf höchster Ebene statt. Wir hoffen hier zeitnah zu praktikablen und vertretbaren Lösungen zu kommen.

Wir werden hierzu weiter berichten.

## Bericht aus dem Hauptpersonalrat

Der Hauptpersonalrat hat in seiner Sitzung am 7. Juni 2022 im PP ELT neben personellen Maßnahmen folgende Punkte behandelt:

### Farbliche Umgestaltung der Oberbekleidung für die Fahrradstaffeln

Hier trägt eine bessere Sichtbarkeit der Sicherheit der Kolleg\*innen Rechnung, zudem hat sie eine wärmende und leicht wasserabweisende Funktion.

### INSIDER

Den Leitfäden für die Interviews mit Kolleg\*innen der Bereitschafts- und Kriminalpolizei wurde zugestimmt.

### Kriminaltechnikwagen

Hier gibt es eine Änderung der technischen Leistungsbeschreibung im Bereich Antrieb, da es kein Angebot auf die bisherige Ausschreibung gab.

### Handlungsorientierung Corona

Masken und Tests werden gemäß gesetzlicher Pflicht zur Verfügung gestellt; offene Fragen zu Vollflexdiensten, Lüftungsanlagen et cetera werden in einer Rückschrift behandelt.

### Der Vorstand berichtete zu aktuellen Sachständen

Das Vorgangsbearbeitungsprogramm Artus soll Mitte

2024 eingeführt werden, ein Newsletter dazu wurde gesteuert.

- > Das Pilotprojekt Monocam des PP Triers wurde in Mainz vorgestellt.
- > Das MoAp Roll-out 2 soll vorgezogen werden, dies wird insbesondere die Kolleg\*innen der Kriminalpolizei erfreuen.
- > Die Bodycam-Ausschreibung ist abgeschlossen und die Vergabe kann erfolgen.

## Polgi wundert sich

Das versteht die Landesregierung unter besonderer Wertschätzung!

Die Jubiläumverordnung soll geändert werden. Auch beim 60-jährigen Dienstjubiläum soll jetzt eine Dankurkunde durch die Ministerpräsidentin ausgefertigt werden

Zitat aus dem Entwurf: „Bisher ist das nur bei Vollendung einer Jubiläumsdienstzeit von 40 und 50 Jahren vorgesehen. Hinsichtlich der 60-jährigen Dienstjubiläen wird bisher lediglich ein Dankschreiben der Ministerpräsidentin versendet. Damit würden auch die Jubilare, die ein 60-jähriges Dienstjubiläum begehen, eine besondere Wertschätzung durch die Ministerpräsidentin erfahren.“

Unter dem Punkt Kosten heißt es: „Durch die Änderung entsteht ein unwesentlich höherer Mehraufwand aufgrund der zusätzlichen Ausfertigungen von Dankurkunden zum 60-jährigen Dienstjubiläum. Eine große Fallzahl wird nicht erwartet.“



„nung“ als Ausdruck besonderer Missachtung ihrer Lebensleistung und die Urkunde findet schnurstracks den Weg ins Altpapier.

Mal schauen, wie die Ministerpräsidentin auf die Forderung der DPoIG nach Wiedereinführung von Geldprämien für die Dienstjubiläen reagieren wird.

### > Wir gratulieren

In den Monaten Juli und August haben Geburtstag:

#### 40 Jahre

Steffi Dietz  
Sarah Müller  
Frederik Kumerics  
Sebastian Sessig  
Silvia Hartwig-Engelmann  
Pascal Nunold  
Marcel Grossjean

#### 50 Jahre

Mario Venter  
Vito Abbate  
Ramona Bernardy

#### 55 Jahre

Uwe Draschka  
Armin Mischler  
Andrea Groß  
Dirk Hens

#### 60 Jahre

Stefan Zimmer  
Heinrich Klar  
Klaus Becker

#### 65 Jahre

Dieter Olschewski  
Edgar Weber  
Franz Josef Steilen  
Udo Rahmseger

#### 70 Jahre

Walter Könen  
Peter Becker

#### 75 Jahre

Edgar Wilhelmi  
Berthold Weber

#### 77 Jahre

Volker Grasmück

#### 80 Jahre

Reimund Meurer

#### 82 Jahre

Karl-Heinz Herzhauser

#### 90 Jahre

Josef Beauvisage

#### 92 Jahre

Paul Gaub